# Windenergieplanung liegt auf Eis

## Fehlende Vorgaben des Landes machen Standort-Eingrenzung für Elbregion bislang unmöglich

**Dresden (DNN). Die Planungen für Windernergiestandort im Oberen Elbtal und dem Osterzgebirge liegt weiterhin auf Eis. Der für die Region zuständige Planungsverband kommt damit nicht voran, weil Vorgaben der Politik fehlen. Langwieriges Gezerre in der schwarzgelben Koalition könnte zu einer unübersichtlichen Lage führen, in der Gerichte das Sagen haben.**

Von INGOLF PLEIL

„Wir warten auf den Landesentwicklungsplan und das Energie- und Klimaprogramm der Landesregierung", erklärte Heidemarie Russig, Leiterin der Geschäftsstelle des Planungsverbandes Oberes Elbtal/Osterzgebirge, gegenüber den DNN.

Der Verband ist unter anderem für Infrastrukturplanungen in der Region zuständig. Dazu zählt auch die Ausweisung von Flächen, auf denen der Bau von Windkraftanlagen grundsätzliche zulässig ist. Der gegenwärtige Entwurfsstand sieht aktuell 26 Vorrang- und Eignungsgebiete vor. Jede Anlage muss dann trotzdem ein Genehmigungsverfahren durchlaufen.

Eigentlich wollte der Verband bereits im März einen Planentwurf für die Windenergienutzung beschließen und für die Beteiligung der Öffentlichkeit auslegen. Daraus wurde jedoch nichts. Zum einen gab es eine heftige Debatte mit Windkraftgegnern und zum anderen wollte der Verband auf die Vorgaben des Landes warten. Darauf wartet er heute noch. Bei einer Verbandsversammlung am Montag mussten die Planer deshalb einen Termin für die Vorlage ihres Entwurfes weiterhin schuldig bleiben.

Die CDU-FDP-Regierung hat es zwar inzwischen geschafft, einen Entwurf für den Landesentwicklungsplan (LEP) zur Anhörung der Öffentlichkeit vorzulegen. Darin heißt es: In den Regionalplänen „sind die räumlichen Voraussetzungen zum Erreichen des für die Nutzung der Windenergie geltenden Zieles der sächsischen Staatsregierung (...) zu sichern". Doch dieses Ziel fehlt noch immer. Dafür müsste die Ministerriege von Regierungschef Stanislaw Tillich (CDU) aber ihr Energie- und Klimaprogramm beschließen. Darin soll eine Quote für den Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromproduktion in Sachsen festgeschrieben werden. Doch derzeit streiten CDU und FDP darüber, ob es 35, 30 oder doch lieber nur 25 Prozent sein sollten. Vor allem die Liberalen stehen auf der Bremse. Unklar ist, ob die Regierung im Vorfeld von Bundestags- und Landtagswahlen 2013 und 2014 überhaupt noch in der Lage ist, sich auf einen Wert festzulegen.

**Planungsverband Oberes Elbtal/Osterzgebirge: Der Kampf um die Flächen für die Windkraftnutzung wird nicht immer fair geführt.**

Kommt es nicht mehr dazu, stehen die Planungsverbände landesweit im Regen. Schlimmstenfalls werden die Regeln dann durch die Rechtssprechung definiert. Experten vermuten, die Gerichte würden der Maßgabe folgen, dass für die Windenergie „substanziell Raum" zu schaffen ist. Das Taktieren der FDP könnte sich ins Gegenteil verkehren.

Die Verantwortlichen beim Planungsverband Oberes Elbtal/Osterzgebirge verlieren nun langsam die Geduld. In einem Schreiben an den Ministerpräsidenten hat Verbandschef Michael Geisler (CDU), Landrat in Pirna, die Staatsregierung jetzt zum Handeln aufgefordert. „Um eine rechtssichere Planung realisieren zu können, benötigt der Planungsverband dringend eine belastbare und verlässliche energiepolitische Zielstellung bezüglich der Windenergienutzung des Freistaats Sachsen", heißt es in einem Schreiben.

Die unklare Situation machen sich derweil umtriebige Windkraftunternehmer zunutze. Sie wollen sich bereits Flächen für ihre Windmühlen mit Vorverträgen sichern, obwohl noch niemand definitiv weiß, wo Vorranggebiete sein werden. „Der Kampf um die Flächen wird dabei nicht immer fair geführt", warnten der Planungsverband und die sächsische Energieagentur Saena inzwischen. Christian Micksch von der Saena kennt Fälle, in denen Grundstücksbesitzern neben allerlei Versprechungen und Präsenten auch Drohungen vor möglichen Enteignungsverfahren präsentiert werden. Das ist natürlich völlig abwegig, sorgt aber für Unruhe und schadet letztlich dem Image der Windkraftnutzung.

Akzeptanz für Windanlagen könne neben einem geeigneten Standort insbesondere dann erzielt werden, wenn die Erträge aus der Windkraftnutzung den Kommunen und ihren Bürgern direkt zufließen, heißt es bei Verband und Energieagentur. Dies könnte über verschiedene Beteiligungsmodelle erfolgen. „Über die Windkraft kann den Kommunen Geld zufließen, das sie für Kindereinrichtungen oder Straßenbau zum Wohle der Bürger einsetzen können", erklärt Micksch. Hierfür würden aber die Flächeneigentümer als Partner der Gemeinde und ihrer Bürger benötigt. Durch das lange Hin und Her in der Politik, könnten da alle Messen gesungen sein.

Quelle: Dresdner Neueste Nachrichten, Seite 4, Ausgabe vom 22.11.2012